

Matthias Willing, *Althistorische Forschung in der DDR. Eine wissenschaftsgeschichtliche Studie zur Entwicklung der Disziplin vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Gegenwart (1945–1989)*. Historische Forschungen, Band 45. Duncker & Humblot, Berlin 1991. 313 Seiten.

Vorliegende Dissertation ist bei Karl Christ entstanden. Verf. zeichnet darin die Entwicklung der DDR-Althistorie von ihren 'bürgerlich' geprägten Anfängen bis zu ihrer organisatorisch-institutionellen und methodisch-methodologischen 'Vollentfaltung' als Zweig marxistisch-leninistischer Geschichtswissenschaft nach. Daß der "erste Arbeiter- und Bauernstaat" auf deutschem Boden mittlerweile selbst der Vergangenheit angehört, macht die Studie zu einer wissenschaftsgeschichtlichen Arbeit ganz eigener Art. Ihr Untersuchungszeitraum deckt sich im wesentlichen mit der Geschichte der DDR von ihrem Aufstieg "aus Ruinen" bis zu ihrem wiederum 'ruinösen' Untergang. Verf. hat seine Dissertation in der 'Wende'-Phase abgeschlossen und rechnet Anfang 1990 noch mit dem Fortbestand der DDR, die sich nach heutigem Wissen zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits in einem Finalzustand befand. Die Prognose aber, "daß die antike Klio in der DDR durch die ausgelösten Reformen eine markante Zäsur erfahren wird" (S. 15), sollte sich freilich auf – vereinigungs- und evaluationsbedingt – grundlegend andere Weise bestätigen, als Verf. ahnen konnte.

Die Dissertation hebt nach der "Einleitung", in der Konzeption und Intention der Arbeit dargelegt werden (S. 13–15), mit einer Skizze der deutschen Althistorie in den Jahren 1933–45 an, der "Vorgeschichte" (S. 16–26), wendet sich dann der "Reorganisation der Alten Geschichte in der SBZ/DDR (1945–1951)" (S. 27–51) und der "Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der Alten Geschichte der DDR 1951/52 bis 1958" zu (S. 52–102). Im Anschluß daran schreitet Verf. von der Untersuchung des Prozesses der "Stabilisierung der marxistisch-leninistischen Althistorie der DDR 1958/59 bis 1969" (S. 103–164) über die Beschreibung der "Ausprägung des zentralisierten Systems in der DDR-Althistorie (1970–77)" (S. 165–227) zur Darstellung der "DDR-Althistorie als 'vollentwickelte' marxistisch-leninistische Wissenschaftsdisziplin (1978–1989)" (S. 228–279). Eine "Zusammenfassung" resümiert die Resultate der Dissertation (S. 280–287), die mit einem Quellen- und Literaturverzeichnis abschließt (S. 288–306). Dankenswerterweise ist dem Buch ein Personenregister beigegeben (S. 307–313). Es um ein Sachregister ergänzt zu haben, wäre das Schlechteste nicht gewesen.

Verf. legt den Schwerpunkt seiner chronologisch aufgebauten, materialreichen Studie "auf die Wissenschaftsorganisation und Forschung an den Akademien in Berlin und Leipzig, die Universitäten Halle, Jena, Leipzig, Berlin, Greifswald und Rostock sowie auf die Pädagogische Hochschule Potsdam", verfolgt die "Personalentwicklung" an diesen Instituten, umreißt Leben und Werk der dort tätigen "schöpferischen Persönlichkeiten" und geht der Frage nach, ob und inwieweit in der DDR-Althistorie "Schulbildungen" nachweisbar sind (S. 13). Darüber hinaus sollen "die Mosaiksteine aller wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu einem Antikebild" zusammengetragen, "seine Wertung und Entwicklung" dargelegt "und auf Veränderungen in der Theorie" eingegangen werden (ebd.). Der Themenkreis der Untersuchung, die "eine Synthese aus Hochschulpolitik und Institutsgeschichte, Biographischem und Bibliographischem DDR-

Spezifischem und Internationalem“ zu geben verspricht (S. 14), ist mithin weit gefaßt. Verf. begründet diesen Ansatz damit, daß „Wissenschaftsgeschichte die Ausleuchtung des gesamtgesellschaftlichen Konnexes“ erfordere (ebd.). Dementsprechend gelte es, „die Wissenschaftspolitik der SED im Rahmen der DDR-Geschichte ebenso einfließen zu lassen wie die damit verklammerte allgemeine historiographische Entwicklung“ (ebd.). Dies erscheint dem Verf. nicht zuletzt deshalb notwendig, da die Alte Geschichte unter den Bedingungen des ‚real existierenden‘ Sozialismus und der Konfrontation der Systeme „als Bestandteil der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft einen Faktor im sensiblen politisch-ideologischen Überbau der DDR bildet(e)“ (ebd.). Gerade in den staatssozialistischen Systemen standen Studium und Erforschung der (Alten) Geschichte in einem engen Wechselbezug mit Politik, Gesellschaft und staatstragender Ideologie insofern, als sich die Theorie des Sozialismus von Anfang an nicht nur historisch zu legitimieren suchte, sondern als eine ‚wissenschaftliche‘ Geschichtstheorie verstand. Von daher ist Verf. im Recht, das Interdependenz-Gefüge von Politik, Gesellschaft und der sie dominierenden sozialistischen Geschichtsdoktrin im Blick zu halten. Ebenso unnötig wie unglücklich erscheint indes, wenn Verf. seine Arbeit mit der Hypothek belastet, die Entwicklung der DDR-Althistorie „mit allen (!) sie bestimmenden Faktoren“ erfassen zu wollen (ebd.).

Rez. kommt nun um die Feststellung nicht umhin, daß sich Verf. seinem Gegenstand nur begrenzt gewachsen zeigt. Während die Darstellung der wissenschaftspolitischen und -organisatorischen Maßnahmen, der Forschungsaktivitäten und der Personalentwicklung an den Akademien und Universitäten der DDR im Bereich der Alten Geschichte gelungen ist, lassen Einordnung und Würdigung der wissenschaftlichen Leistungen der DDR-Althistoriker leider sehr zu wünschen übrig. Verf. begnügt sich in der Regel damit, die Titel althistorischer Veröffentlichungen aufzulisten. Allzu vieles bleibt dadurch im Vagen oder wird in derart knapper Weise referiert resp. pauschal qualifiziert, daß es nichtssagend wirkt. Sicher ist man gern bereit, dem Verf. in Anbetracht der Zielsetzung seines ausgreifenden Vorhabens einerseits, der Vielzahl der auftretenden dramatis personae und ihrer Publikationen andererseits zu konzidieren, nicht die ganze Forschungsliteratur der DDR-Althistorie rezipiert und verarbeitet haben zu können. Dennoch wird dem Verf. nicht der Vorwurf zu ersparen sein, daß die Analyse des geschichtswissenschaftlichen Stellenwerts der Forschungsbeiträge der DDR-Althistorie zu kurz kommt, ja, genau genommen, gar nicht stattfindet. Wenn Verf. „den Blick für Wissenschaftsgeschichte“ schärfen und „Vorurteile gegenüber der DDR-Historiographie“ abbauen will (S. 14), dann reicht es nicht, Buch- und Aufsatztitel zu paraphrasieren, mag dies auch durch den Hinweis auf den bibliographischen (Teil-) Charakter der Dissertation gerechtfertigt sein. Verf. ist offensichtlich Opfer seiner eigenen Konzeption geworden. Er wollte ‚alles‘ bieten: Hochschulpolitisches und Institutsgeschichtliches, Biographisches und Bibliographisches, DDR-Spezifisches und Internationales. Aus der in Aussicht gestellten „Synthese“ dieser Aspekte ist aber, vor allem soweit es die Forschung im eigentlichen Sinn betrifft, nur eine Aneinanderreihung von Namen und Werktiteln geworden.

Eine weitere Schwäche der Arbeit ergibt sich aus ihrer Architektur. Prima vista wird man die Studie als eine klar disponierte betrachten. Allein erweist sich das Gliederungsprinzip, als feststehende Kapitelemente „Die Akademieentwicklung“, „Die Universitätsentwicklung“ und „Die althistorischen Publikationen“ gesondert zu behandeln, als zu schematisch. Verf. wird dadurch zu zahlreichen Überschneidungen und Wiederholungen insofern genötigt, als er etwa schon bei der Darlegung von Personalentwicklung und Forschungsaktivitäten an Akademien und Universitäten Titel wissenschaftlicher Arbeiten anführt, die er im Unterkapitel „Die althistorischen Publikationen“ erneut zu nennen sich gezwungen sieht. So kommt es, daß, um nur ein Beispiel herauszugreifen, Detlef Lotzes 1959 publizierte Dissertation „ΜΕΤΑΞΥ ΕΛΕΥΘΕΡΩΝ ΚΑΙ ΔΟΥΛΩΝ. Studien zur Rechtsstellung unfreier Landbevölkerung in Griechenland bis zum 4. Jh. v. Chr.“ einmal im Kontext der Universitätsentwicklung der Jahre 1951/52 bis 1958 (S. 73 Anm. 22) und ein zweites Mal im Kontext der „althistorischen Publikationen“ desselben Zeitraums (S. 96 Anm. 65) mit den vollständigen bibliographischen Angaben zitiert wird.

Befremdlich muten nicht zuletzt Sprache und Begrifflichkeit des Verf. an (nur ein Druckfehler ist hoffentlich S. 23: „die mos maiorum“). Offenbar ist er über seiner Beschäftigung mit der DDR-Althistorie in eine Art Terminologie-Strudel geraten. Symptomatisch hierfür ist, daß sich Verf. nicht entscheiden kann, ob er die Zählung ‚vor‘ und ‚nach Christi Geburt‘ oder die ‚vor unserer Zeit‘ und ‚unserer Zeit‘ wählen soll: „Die Ergebnisse führten ihn [gemeint ist Heinz Kreißig, Anm. Rez.] zu der These von der weitgehenden Kontinuität der Eigentumsformen im östlichen Mittelmeergebiet vom 4. Jh. u. Z. (!) bis ins 6. nachchristliche (!) Jahrhundert“ (S. 150). Mag dies noch als Belanglosigkeit eingestuft und deshalb vernachlässigt werden, so

macht die folgende Formulierung das ganze Ausmaß terminologischer – und theoretischer – Konfusion manifest: "Wie jede Epoche ihre gesellschafts- und klassenbedingte Sichtweise der Antike reproduziert, so spiegelt auch die Darstellung und Einordnung der Geschichte der DDR-Althistorie den politisch-ideologischen Standpunkt des Autors wider. Eigene Wertungen dienten dazu, über ein rein deskriptives Stadium hinaus zu gelangen. Insofern erhebt die Dissertation nicht den fragwürdigen Anspruch einer 'Objektivität', sondern verfolgt vielmehr die Intention, die komplizierten Entstehungsbedingungen der DDR-Althistorie transparent zu machen. . ." (S. 15). Rez. gesteht, daß ihm der zitierte Passus überaus dunkel erscheint. Bloß phrasenhafter Jargon ist, daß "jede Epoche ihre gesellschafts- und klassenbedingte Sichtweise der Antike reproduziert". Derartige Bemerkungen siedeln auf der Glaubensebene und führen – mit Verlaub – zu nichts. Sodann: Mag Verf. auch der Ansicht sein, seine Studie reflektiere den eigenen "politisch-ideologischen Standpunkt", so wird dieser doch an keiner Stelle der Arbeit wirklich deutlich; es sei denn, in eben dieser Undeutlichkeit bestehe besagter "Standpunkt des Autors". Entscheidender als dies aber ist, daß Verf. ein sehr sonderbares Verständnis von Objektivität hat. Das Einschleusen "eigene(r) Wertungen" in die Darstellung steht ja keineswegs quer zu einem methodischen Procedere, das auf Objektivität ausgerichtet ist. Wenn Verf. die Komplexität der Faktoren aufzudecken und "transparent zu machen" strebt, die Entstehung und Entwicklung der DDR-Althistorie konstituieren und erklären will, dann ist damit genau das intendiert, was, wohl verstanden, Objektivität meint. Daß diese Objektivität in der Tat Postulat bleibt und insoweit ein Ideal ist, wird niemand ernsthaft bestreiten. Aber ebenso unstrittig ist, daß dieses Objektivitätsideal die Arbeitsweise des Historikers reguliert und orientiert. Indem Verf. seine Untersuchung von dem "fragwürdigen Anspruch einer 'Objektivität'" freihalten und "über ein rein deskriptives Stadium hinaus gelangen" möchte, drängt sich die Frage auf, welchem Methodenkonzept er sich denn verpflichtet fühlt. Wenn diese Frage offen bleibt, dann hängt das wohl damit zusammen, daß Verf. das von ihm vorschnell generalisierend als "fragwürdig" qualifizierte Objektivitätsprinzip zwar explizit verwirft, implizit aber voraussetzt. Man wird nicht sagen können, daß damit viel gewonnen ist.

Bei aller Kritik muß doch hervorgehoben werden, daß Verf. eine Studie erstellt hat, von der künftige wissenschaftsgeschichtliche Untersuchungen der DDR-Althistorie ihren Ausgang zu nehmen haben. Verf. hat gut daran getan, der eigentlichen Darstellung einen Abriss der Geschichte der Disziplin in der Zeit des Dritten Reiches vorzuschicken. Nur vor diesem Hintergrund ist die – nun allerdings sehr verschiedenartige – Entwicklung zu verstehen, die Studium und Erforschung der Alten Geschichte in der DDR und in der Bundesrepublik genommen haben. Was die Verhältnisse in Ostdeutschland unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg anbelangt, so vollzog sich die Restituierung der Althistorie hier aus materiellen und personellen Gründen problematischer als in Westdeutschland. Sicher, die infrastrukturellen Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Hochschulen und die Reorganisation des Forschungs- und Lehrbetriebs waren 1945 in den Westzonen und in der SBZ gleichermaßen schlecht. Aber zum einen besserte sich die ökonomische Lage im Westen erheblich rascher als im Osten. Zum andern trug der Umstand, daß eine Reihe Althistoriker von Ost- nach Westdeutschland übersiedelte, dort zur Verschärfung der personellen Lage bei. Die Entscheidung zur Übersiedlung wurde nicht zuletzt dadurch erleichtert, daß, wie Verf. ausführt (S. 27 ff.), die Entnazifizierungsverfahren in der SBZ rigorosier durchgeführt wurden als in den Westzonen. Daß dennoch ein Althistoriker wie Franz Altheim, der, obgleich nie Mitglied der Partei, dem Nationalsozialismus, um es vorsichtig zu formulieren, zumindest nicht fernstand (S. 30 f.), seinen Lehrstuhl in Halle behalten konnte, widerspricht dem nicht. Ernst Hohl, Johannes Stroux oder Friedrich Zucker jedenfalls konnten als Garanten eines wirklichen Neubeginns in Ostdeutschland angesehen werden. An ihnen, allesamt in der 'bürgerlichen' Bildungstradition stehend, lag es, daß die Reorganisationsphase der Altertumswissenschaft in der SBZ unter 'bürgerlichen' Vorzeichen stand. Daran änderte sich bis Anfang der fünfziger Jahre nichts oder doch nur wenig, auch wenn es schon kurz nach Wiedereröffnung der ostdeutschen Hochschulen (den Anfang machte Jena im Oktober 1945) zur Zwangsvereinigung von KPD und SPD kam (April 1946), dadurch der Herrschaftsanspruch der kommunistisch dominierten SED immer offenkundiger wurde, im Zuge des Kalten Krieges dann die Bundesrepublik 'hüben' und die DDR 'drüben' aus der Taufe gehoben und die nun im Entstehen begriffenen beiden deutschen Staaten an der Nahtstelle der politisch-ideologischen Konfrontation zwischen Ost und West sozusagen zu Speerspitzen der sich in Schach halten den Blöcke wurden. Die Gründung der Freien Universität Berlin (1948) gehört in diesen Kontext und mochte den Kräften in Ostdeutschland Auftrieb geben, die die Hochschullandschaft im marxistisch-leninistischen Sinne umzugestalten trachteten. Indes, die Alte Geschichte blieb mangels eines dezidiert marxistisch ausgerichteteten altertumswissenschaftlich qualifizierten Nachwuchses in der Hand jener 'bürgerli-

chen' Forscher, die sich freilich zumeist entweder an der Grenze zum Ruhestand bewegten oder – wie Wilhelm Schubart in Leipzig – diese Grenze bereits weit überschritten hatten und deren nicht eben zahlreiche Schüler größtenteils noch nicht die formalen Bedingungen erfüllten, die schon vakanten oder in unmittelbarer Zukunft vakant werdenden Lehrstühle zu besetzen. Wenn demnach bezüglich des Personalbestands Besorgnisse um die Alte Geschichte in der DDR alles andere als unbegründet erschienen, so wirkte sich für die Altertumswissenschaft in Ostdeutschland doch günstig aus, daß an der Berliner Akademie der Wissenschaften die großen Forschungsvorhaben (IG, CIL, PIR etc.) unter kompetenter Leitung fortgeführt wurden.

Einen Wendepunkt in der Geschichte der DDR-Althistorie markiert das Jahr 1951, in dem die 2. Hochschulreform in Kraft trat. Die Reform sah ein verpflichtendes gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium auf der Basis des Historischen Materialismus vor, verengte dabei das althistorische Studium auf den Studiengang "Geschichte der Sklavenhalterordnung" (S. 59 f.) und nahm der Alten Geschichte faktisch den Status einer eigenständigen Universitätsdisziplin – ein Zustand, der sich erst mehr als dreißig Jahre später änderte, als an der Leipziger Karl-Marx-Universität 1985/86 auf Betreiben Rigobert Günthers die Möglichkeit geschaffen wurde, Alte Geschichte als Hauptfach zu studieren (S. 244). Die Anstrengungen, die man von staatlicher Seite seit 1951/52 unternahm, um den Marxismus-Leninismus in Hochschule und Wissenschaft durchzusetzen, unterstützte die Verbreitung ('vulgär-') marxistischen Schrifttums stalinistischen Gepräges, das, aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt, auch einem größeren Publikum bekannt gemacht und zunächst – selbst wissenschaftsintern – weniger auf dem Wege kritischer Auseinandersetzung denn unreflektierter Adaptation rezipiert wurde.

Mitte der fünfziger Jahre traten die ersten (Alt-) Historiker auf den Plan, die das Studium der "Geschichte der Sklavenhalterordnung" absolviert hatten. Schon bald zeigte sich, Verf. arbeitet dies gut heraus, daß der marxistisch geschulte Nachwuchs gegenüber dem 'bürgerlichen' Nachwuchs einen Führungsanspruch reklamierte. Der von dem Leipziger Aspiranten Rigobert Günther in der "Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" (3, 1955, 904–907) veröffentlichte programmatische Kommentar zum "Beschluß des ZK der SED 'Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der DDR' und das Studium der alten Geschichte" versuchte, diesen Führungsanspruch theoretisch zu untermauern, ohne übrigens die Defizite der marxistischen DDR-Althistorie zu verschweigen (S. 61 ff.). Günthers 'Denkschrift' fixierte gleichsam den Kurs, der im Umgang mit nichtmarxistischen Althistorikern eingeschlagen werden sollte. Die Leipziger Universität, als künftiges Zentrum der DDR-Althistorie ausersehen, avancierte dabei zu dem Ort, an dem der Konflikt mit den 'bürgerlichen' Historikern gesucht und zugunsten der marxistischen Historiker entschieden wurde. Der im November 1956 niedergeschlagene Ungarn-Aufstand gab Gelegenheit, im Rahmen eines verharmlosend als "wissenschaftlicher Meinungsstreit" bezeichneten "Klärungsprozesses" gegen nichtmarxistische Wissenschaftler einerseits, unorthodoxe marxistische Abweichler andererseits vorzugehen, diesen wie jenen den marginalisierenden 'Revisionismus'-Stempel aufzudrücken und sie ins Abseits zu stellen. Verf. läßt keinen Zweifel an dem düsteren Charakter der "klärenden Aussprachen", vermag aber die tieferen Zusammenhänge in Leipzig nicht aufzuhellen (S. 77). 1958 gelang es jedenfalls den aufstrebenden marxistischen Althistorikern unter tatkräftiger Mithilfe der Partei, ihre 'bürgerlichen' Kollegen von der Karl-Marx-Universität zu verdrängen. Herbert Hahn, Walter Langhammer und Helmut Thierfelder verließen die DDR in Richtung Bundesrepublik. Bedeutete dies einerseits unter fachlicher wie personellen Gesichtspunkten eine Schwächung der DDR-Althistorie, so war doch eben durch den Weggang dieser 'bürgerlichen' Althistoriker andererseits der Raum geschaffen, um die Leipziger Althistorie auf die marxistisch-leninistische Bahn zu lenken. Rigobert Günther und Gerhard Schrot haben dies mit Entschiedenheit getan. Vornehmlich in Jena und Halle fanden nichtmarxistische Althistoriker Arbeitsmöglichkeiten. Während jedoch Hans-Joachim Diesner in Halle (seit 1956), zwischen Anschließbarkeit und Distanzierung lavierend, 1958 als erster DDR-Althistoriker zum Professor ernannt wurde und es 1969 zum Ordinarius brachte (S. 72; 119), blieb dem wissenschaftlich bestens ausgewiesenen Detlef Lotze in Jena seiner dissidierenden politisch-weltanschaulichen Überzeugungen wegen nach der Habilitation (1961) der Titel eines Professors versagt (S. 120). Kaum einzusehen ist, warum Verf. ausführt, die Karrierebehinderung Lotzes sei "anscheinend (!) in seiner Parteilosigkeit und der Nähe zur christlichen Kirche begründet" gewesen (ebd.). Exakt dies waren die Gründe dafür, daß die akademische Laufbahn des Jenenser Althistorikers seit der Ernennung zum Dozenten (1963) stillstand.

Für die Etablierung des Marxismus-Leninismus in der (Alt-) Geschichtswissenschaft der DDR war nicht minder folgenreich, daß gleichfalls im Jahre 1955 an der (Berliner =) Deutschen Akademie der Wissenschaften das "Institut für griechisch-römische Altertumskunde" geschaffen wurde (S. 63–69). Mit Werner Hartke und Johannes Irmischer nämlich standen dem neugegründeten "Großinstitut", das die vielfältigen altertumswissenschaftlichen Forschungsprojekte bündeln sollte, zwei Gelehrte vor, deren Fachkompetenz außer Frage stand und die sich bewußt in den Dienst des Systems stellten. Ihrer Initiative ist zuzuschreiben, daß die Wissenschaftskontakte zur Bundesrepublik gelockert wurden und statt dessen eine verstärkte Hinwendung zur Altertumswissenschaft in den sozialistischen "Bruderstaaten" erfolgte. 1957 wurde die DDR Mitglied des Eirene-Komitees (S. 85 ff.), in dem die Altertumswissenschaftler der sozialistischen "Volksdemokratien" zusammengeschlossen waren. Schon der Beitritt zum Eirene-Komitee signalisierte eine Tendenz zur 'nationalen' Verselbständigung und internationalen Neupositionierung resp. -orientierung der DDR-Altertumswissenschaft. Die Abspaltung der Deutschen Historiker-Gesellschaft (DHG) – ihre Gründung wurde zwar vor allem von marxistischer Seite betrieben, fand aber bezeichnenderweise in dem 'Nicht-Marxisten' Hans-Joachim Diesner einen entschiedenen Befürworter (S. 84 Anm. 30), was als Beleg für die geschmeidige Haltung des Hallenser Althistorikers dem SED-System gegenüber genommen werden darf – vom Verband der Historiker Deutschlands (VHD) 1958 erklärt sich von hier (S. 80–87). Auf dem 24. Deutschen Historikertag in Trier wurde der Bruch gesucht und durch die vorzeitige Abreise der DDR-Delegierten spektakulär vollzogen. Der Graben zwischen ost- und westdeutschen (Alt-) Historikern vertiefte sich parallel zur allgemeinen Klimaverschlechterung zwischen den beiden deutschen Staaten. Die XI. CISH-Versammlung in Stockholm 1960 ließ im Rahmen der Sektionssitzungen über die antike Sklaverei nicht nur die deutsch-deutschen Gegensätze überscharf hervortreten (S. 125–130; 156 f.; 163), sondern machte auch unmißverständlich klar, daß die marxistischen DDR-Althistoriker die antimarxistischen Thesen ihrer bundesdeutschen Kollegen (Siegfried Lauffer, Friedrich Vittinghoff) kaum zu entkräften vermochten. Fortan gingen die (Alt-) Historiker 'hüben' und 'drüben' getrennte Wege (begrüßenswert wäre gewesen, Verf. hätte die Beziehungen der marxistischen DDR-Althistoriker zu marxistischen Althistorikern in England, Frankreich und Italien in die Darstellung einbezogen). Zwar rissen auch nach der Trennung der ost- und westdeutschen Verbände die Verbindungen nicht völlig ab, doch reduzierten sie sich gemeinhin auf persönliche Kontakte. An die Stelle des Prinzips politisch-ideologischer Auseinandersetzung trat auf westdeutscher Seite mehr und mehr das Prinzip weitgehender Ignorierung der DDR-Althistorie – ein Prinzip, zu dessen Beachtung sich die bundesdeutschen Althistoriker insofern durchaus berechtigt sehen durften, als das, was seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die marxistische DDR-Althistorie – besonders in ihrer Leipziger Variante – hervorbrachte, eher kümmerlich war.

Eine Ausnahme bildete freilich Elisabeth Charlotte Welskopf, die – schon in den Fünfzigern stehend – 1952/53 an der Humboldt-Universität eine Dozentur für Alte Geschichte erhielt (S. 70 f.; 90 ff.). Unter Welskopf entwickelte sich Berlin zum zweiten Zentrum der marxistischen DDR-Althistorie, womit den Bestrebungen Günthers und Schrots, die Leipziger Karl-Marx-Universität zur "Schwerpunktuniversität" zu machen, nur ein begrenzter Erfolg beschieden blieb. Und wenn in den sechziger Jahren Berlin, Leipzig und Halle in den Rang althistorischer "Leitinststitute" gehoben wurden, dann dämpfte auch dies die Leipziger Ambitionen nicht unerheblich.

Mit Heinz Kreißig und Peter Musiolek, der von Günther und Schrot der Gruppe nichtmarxistischer Althistoriker zugeschlagen wurde (S. 92 Anm. 35), förderte Welskopf zwei Historiker, die durch eigenständige Forschungsansätze auffielen (S. 70 f.; 117 f.). Kreißig, seit 1965 in der Deutschen Akademie der Wissenschaften beschäftigt, stieg in den siebziger Jahren zu einem der einflußreichsten DDR-Althistoriker auf. Eine Voraussetzung für Kreißigs Karriere waren die organisatorischen Veränderungen, die Mitte der sechziger Jahre an der Berliner Akademie in Angriff genommen und in beträchtlichem Maße von Welskopf angeregt wurden. Mochte Welskopfs Engagement hierbei wesentlich von dem Willen geleitet werden, der Alten Geschichte größeres Gewicht zu verleihen und die Disziplin stärker institutionell zu verankern, so begünstigte die Realisierung dieser Absicht, daß man von staatlicher Seite im Rahmen der Forcierung des Ausbaus eines sozialistischen Bildungs- und Wissenschaftssystems die Koordinierung und Konzentration der althistorischen "Potentiale" als dringendes Erfordernis betrachtete. Dies ließ bereits der "althistorische Siebenjahresplan" für die Hochschulen erkennen, der 1959 aufgestellt wurde (S. 116–125). Zwar existierte das Institut für griechisch-römische Altertumskunde, das die Funktion eines zentralen Leitungs- und Lenkungsorgans hätte übernehmen können, doch zum einen zeigte man dort infolge einer nur schwach ausgebildeten marxistischen Orientierung wenig Bereitschaft, die Zentralisierungspläne der "Staats- und

Parteiführung“ in die Tat umzusetzen, zum andern herrschte institutsintern eine zentripetale Tendenz vor. Die einzelnen – vor allem philologischen – Forschungsunternehmen liefen meist nebeneinander her. Daß dies den wissenschaftspolitischen Zielvorstellungen der SED nicht entsprach, da das universalhistorische Deutungsmuster der marxistischen Theorie interdisziplinäre Forschung gleichsam erzwang, und aus Reihen der Partei nicht nur mit Kritik, sondern über kurz oder lang auch mit Umstrukturierungsmaßnahmen gerechnet werden mußte, die feste organisatorische Fundamente für besagte interdisziplinäre Forschung schufen und diese einer regulierenden und kontrollierenden Instanz unterwarfen, lag auf der Hand.

Welskopf nun erkannte und nutzte die Chance, die sich für die Alte Geschichte aus der Situation ergab. Die Installation von Akademie-Arbeitsgruppen, die sich der Erforschung der antiken Wirtschaft widmeten, vor allem aber die Einrichtung der von Kreißig geleiteten Arbeitsstelle „Wirtschaftsgeschichte des Altertums“ (1965) am Institut für Ökonomie der DAdW, dem Jürgen Kuczynski vorstand, verdankte sich ihrem Einsatz (S. 112 f.). Zugleich war damit sichergestellt, daß Welskopfs eigenes methodisch-methodologisches Konzept gleichsam institutionalisiert wurde. Im Kontext der Diskussion um die Abfolge der Gesellschaftsformationen, die Ende der fünfziger Jahre in Gang kam und im Verlauf der sechziger Jahre mit großer Heftigkeit geführt wurde, hatte Welskopf das Stalinsche Formationsmodell, das in der DDR quasi den Charakter einer offiziellen Doktrin besaß, durch Rekurs auf das Marxsche Theorem der ‚asiatischen Produktionsweise‘ in Frage gestellt. Während Günther und Schrot den Berliner Modifikationsversuchen mit Skepsis und Ablehnung begegneten, bewegte sich Welskopf und ihr Schülerkreis (insbesondere Kreißig) weiter in Richtung Revision des sowjetischen Formationschemas (S. 94; 107; 211 f.). Ihren Ansatz entwickelte Welskopf in dem programmatischen Beitrag „Die wissenschaftliche Aufgabe des Althistorikers“ (= Sitzber. Dt. Akad. Wiss. Berlin 1965, Nr. 2, 3–17). Darin wurde nicht nur eine perspektivische Ausweitung der Althistorie auf alle Hochkulturen der Alten Welt, sondern auch prinzipiell die Überwindung des Stalinschen Formationsmodells postuliert. Aber Welskopf blieb doch an das universalhistorische Interpretationsmuster Marxscher Prägung gebunden, weshalb zu fragen ist, ob sich nicht dadurch auf die Dauer den Althistorikern erneut das Problem gestellt hätte, die theoretischen Prämissen mit den Forschungsergebnissen in Übereinstimmung bringen zu müssen. Daß sich freilich die von Welskopf faktisch vollzogene Aufspaltung des Formationschemas für die Erforschung des Hellenismus und der ausgehenden Antike produktiv auswirkte, steht außer Frage. Ebenso, daß die Theoriendebatten keineswegs in dem Maße auf die konkrete wissenschaftliche Arbeit durchschlugen, wie der große verbale und gedankliche Aufwand, der in diese Debatten investiert wurde, vermuten läßt. Selbst bei einem Althistoriker wie Günther fällt auf, daß dessen Studien zur Spätantike etwa zwar orthodoxe theoretische Formeln strapazieren, aber im großen und ganzen konventionell gearbeitet sind. Theoriereflexion und Forschungspraxis kamen – wie sollte es auch anders sein? – nicht zur Deckung.

Die sechziger Jahre sicherten die marxistisch-leninistische DDR-Althistorie personell und fachlich ab. 1969 löste diese Stabilisierungsphase die Zentralisierungsphase ab. An ihrem Anfang stand die 3. Hochschul- und Akademiereform, die vornehmlich an der Berliner Akademie (die Sächsische Akademie der Wissenschaften in Leipzig spielte gegenüber der DAdW stets eine nachgeordnete Rolle) tiefgreifende Strukturveränderungen herbeiführte. Im Bereich der Altertumswissenschaft sollte die Forschung von den Universitäten an die Akademie verlagert und hier im Rahmen eines hierarchisch gestuften „Rätesystem(s)“ zentral konzipiert und gesteuert werden. Die Einrichtung des „Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie“ (ZIAGA) umfaßte die bis dato selbständigen Akademieinstitute für Ur- und Frühgeschichte, griechisch-römische Geschichte und Orientalistik und spiegelte in Aufbau und Zielsetzung die Programmatik der SED, den Wissenschaftsbetrieb in organisatorischen Größeneinheiten zu konzentrieren, die jeweiligen Forschungsunternehmen interdisziplinär durchzuführen und auf thematische Ausrichtung und praktische Umsetzung der wissenschaftlichen Arbeitsvorhaben bestimmend einzuwirken (S. 171–181; 233–244).

An der Spitze des ZIAGA stand (von 1969 bis 1989) der Prähistoriker Joachim Herrmann (S. 176 f.), dessen enge Bindung an die SED für die Bestellung zum Direktor entscheidend war. Herrmanns dominierende Position am ZIAGA wurde durch das Prinzip der „Einzelleitung mit kollektiver Beratung“, das dem Direktor des Zentralinstituts nicht nur eine Art Richtlinienkompetenz zugestand, sondern ihn in den Stand versetzte, den thematischen Rahmen der Forschungsprojekte abzustecken und mit theoretischen Vorgaben zu versehen, außerordentlich gefestigt (S. 177). Herrmanns herausragende Rolle unterstreicht ferner, daß er die DDR-Althistorie ‚national‘ (gemeinsam mit Günther) in der Deutschen Historiker Gesellschaft und international im CISH vertrat. Die durch die neue Organisationsstruktur des ZIAGA ermöglichte Kon-

zentration der altertumswissenschaftlichen Kapazitäten korrespondierte mit einer Kollektivierung der wissenschaftlichen Arbeit. Herrmann zeichnet dafür verantwortlich, daß in den siebziger Jahren vom Zentralinstitut große, interdisziplinär angelegte Gemeinschaftsprojekte initiiert wurden, die über lange Zeiträume die Forschungsenergien der zahlreich daran beteiligten Althistoriker regelrecht absorbierten und dazu beitrugen, die DDR-Althistorie nach außen als uniform und monoton erscheinen zu lassen. Da zudem darauf verzichtet wurde, ausländische Wissenschaftler zur Mitarbeit an den Kollektivunternehmen heranzuziehen, kann nicht verwundern, wenn den nach etlichen Jahren vorgelegten Darstellungen etwas Provinziell-Enges anhaftete. Ganz anders sah dies bei den Sammelbänden "Hellenische Poleis. Krise – Wandlung – Wirkung" (1974) und "Soziale Typenbegriffe im alten Griechenland und ihr Fortleben in den Sprachen der Welt" (1981–85) aus, die unter Welskops Herausgeberschaft erschienen und an denen neben DDR-Wissenschaftlern auch ausländische Forscher mitgewirkt hatten. Das internationale Echo auf diese Veröffentlichungen war ausnehmend positiv (vgl. etwa die Rezensionen der "Hellenischen Poleis" in: Hist. Zeitschr. 223, 1975, 669 ff.; Eirene 15, 1977, 137 ff.; Stud. Clas. 17, 1977, 351 ff.; Gnomon 50, 1978, 174 ff.). Von den ZIAGA-Gemeinschaftsprojekten kam der 1977 publizierten "Weltgeschichte bis zur Herausbildung des Feudalismus" besondere Bedeutung insofern zu, als sie im Anschluß an Marx' "Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie" die Formationsfolge Urgesellschaft, altorientalische Klassengesellschaft, Sklavereigesellschaft, Feudalismus als wissenschaftlich verbindliche fixierte und damit einen Schlußpunkt hinter die zwanzig Jahre währende Theoriediskussion setzte (S. 220 f.). Zugleich fand sich in der "Weltgeschichte" die geschichtsbewegende Rolle der "Volksmassen" betont, auf deren "schöpferische" Kraft Herrmann hinweisen nicht müde wurde, dabei aber die Mühe hatte, die Funktion der "Volksmassen" mit der Funktion des "Klassenkampfes" zu versöhnen (S. 197 f.; 217–226). Die Lösung dieses Problemknotens nahm Herrmann eher auf dem Wege eines ideologischen Bekenntnisses denn einer logisch stringenten Beweisführung vor.

Wie auch immer, in der marxistischen DDR-Althistorie galten seit Ende der siebziger Jahre die großen methodologischen Fragen als beantwortet (interessanterweise verabschiedete man sich im ZIAGA nach dem Erscheinen der "Weltgeschichte" und der "Kulturgeschichte der Antike", 1976/78, von weiteren Kollektivunternehmen vergleichbarer Größenordnungen). Zudem war durch die 3. Hochschul- und Akademiereform eine Organisationsstruktur geschaffen, die bis zur 'Wende' Bestand hatte und dafür sorgte, daß sich eine marxistisch-leninistische Altgeschichtswissenschaft ausbilden konnte, auch wenn in Halle und Jena althistorische Hochschulinstitute existierten, die nicht eindeutig auf marxistisch-leninistischer Linie lagen. Verf. macht deutlich, daß sich die altertumswissenschaftliche Forschung der DDR im Grunde nur in Berlin (Humboldt-Universität und – besonders – ZIAGA), Leipzig, Halle und Jena abspielte. Die Universitäten in Greifswald und Rostock sowie die Fachhochschule Potsdam gelangten seit den fünfziger Jahren im althistorischen Bereich nie über den Status von Randuniversitäten hinaus. Und doch: Allenthalben ist zu beobachten, daß es der marxistisch-leninistischen DDR-Althistorie an einem wirklichen disziplinären Profil mangelte.

Uneinheitlich ist das Bild, das im Rückblick die althistorische Forschung in der DDR bietet. Während zur frühen und klassischen griechischen Geschichte sowie zur hellenistischen Zeit und Spätantike beachtliche Studien vorgelegt wurden, blieb die Erforschung der römischen Geschichte mehr als defizitär. Verf. hätte dieses Faktum nicht nur konstatieren, sondern auf seine Ursachen hin befragen müssen. Hinzu kommt, daß eine eigenständige althistorische Forschung durch die institutionelle und thematische Verklammerung der Alten Geschichte mit Prähistorie, Altorientalistik und Archäologie einerseits, durch die Befrachtung mit politisch-ideologischen wie methodologischen Vorgaben andererseits behindert wurde. Es mögen diese offiziellen Vorgaben gewesen sein, die davon abhielten, daß die mit üppigem rhetorischen Ornat aufgetuppte und mit groß tönenden Formeln garnierte Theoriereflexion in der DDR-Althistorie den öffentlichen Diskurs mit Theoriepositionen suchte, wie sie etwa von einem Moses Finley vertreten wurden. Die Einbindung der Alten Geschichte in das zentralisierte DDR-Wissenschaftssystem aber brachte es mit sich, daß die interdisziplinäre Forschung im wesentlichen auf die Zusammenarbeit von Althistorikern mit Vor- und Frühgeschichtlern, Archäologen, Philologen und Altorientalisten beschränkt blieb und so das aus dem Blickfeld geriet, was in den übrigen Geistes- und Staatswissenschaften geleistet und an produktiven methodisch-methodologischen Ansätzen entwickelt wurde. Dieses Versäumnis ist keine Schuld der Althistoriker, sondern eine Konsequenz des Systems, in dem sie zu arbeiten hatten, dessen Ausbildung freilich ein Großteil von ihnen unterstützte und begrüßte. Daß diese Arbeit vielfältigen Beschränkungen, Gängelungen und

